- Eine Einwohnerin fragt, ob es einen SPD-Antrag gebe, den Markt zu sperren. Ihr liege ein entsprechender Protokollauszug aus einer Ratssitzung aus 2006 vor. Dies, so wird aus Reihen der anwesenden festgestellt, habe sich allenfalls auf eine Sperrung in den Abendstunden bezogen. Der Erste Beigeordnete stellt deutlich klar, dass es zur Zeit keinen von der Verwaltung zu bearbeitenden Antrag hinsichtlich einer Sperrung des Marktplatzes gebe.
- Herr Kaus stellt sich als Vorsitzender des SV 09 Eitorf e.V. vor und bedankt sich für die Bereitschaft, den Belag des Eitorfer Sportplatzes zu erneuern. Er appelliert aber gleichzeitig, auch die Umzäunung entsprechend herzustellen, da die hohen Kosten aufgrund unsachgemäßer Nutzung durch Dritte sonst keinen Sinn machen würden.
- Ein Einwohner ergänzt, dass das Laub der Bäume in der Brückenstraße im Herbst ständig auf den Platz fällt. Dies schädige den Belag ebenfalls. Ggf. sei hier bei der Zaunkonstruktion (Auffangnetze o.ä.) etwas zu verbessern.
- Frau Deitenbach stellt zwei Fragen zum Thema Marktzufahrt:
  - Die Sache im Rahmen eines Gesamtkonzeptes sei sinnvoll. Sie wolle nur wissen, wieso bisher niemand deutlich gemacht habe, wieso unbedingt die Sache als Einzelmaßnahme vorgezogen werden solle. Dies würden sich auch viele Bürger fragen. Vielleicht könne die Frage nicht direkt vom Bürgermeister beantwortet werden. Es wäre aber sicher hilfreich, wenn diese Frage den Bürgern von denen, die dies so wollten, beantwortet würde.
  - Frau Deitenbach geht auf die Meinung des Bürgermeisters in der Verwaltungsvorlage ein. Bei Betrachten der Zuständigkeiten müsse sie jedoch davon ausgehen, dass die Vorlage dem Dezernat des Ersten Beigeordneten entstamme, der nach ihrer Einschätzung Befürworter der Marktzufahrt sei. Frau Deitenbach möchte wissen, wer nun Urheber der in der Vorlage vertretenen Meinung sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass – wie von Frau Deitenbach selber dargestellt – zu Frage 1 keine Antwort seinerseits erfolgen könne. Zur Frage 2 bemerkt der Bürgermeister, dass es ihm unbenommen sei, in Einzelfällen Dinge fachlich an sich zu ziehen, die nicht in seinem Dezernat lägen. Dies habe er hiermit getan.

Der Erste Beigeordnete ergänzt, dass es sich um eine Verwaltungsvorlage handele und hiermit die Meinung „der Verwaltung“ dokumentiert werde. Insofern sei die zweite Frage Frau Deitenbachs beantwortet und bzw. könne er keine weitere Antwort dazu erteilen.

- Es ergeben sich Fragen bzw. Wortmeldungen zu den Mehrkosten des Jugendcafés:

Zunächst meldet sich Herr Limbach. **Gem. dem Mehrheitsbeschluss des Rates aus der nachfolgenden nichtöffentlichen Sitzung wird diese Wortmeldung wie folgt wörtlich protokolliert:**

„Ich habe eine Verständnisfrage. Es geht um das Jugendcafé und zwar um die zusätzlich entstandenen Kosten von 50.000 Euro, die die ja im Prinzip Kosten sind, die die Bürger zu tragen haben. Und die Frage, die ich habe, was ich ja überhaupt nicht rational nachvollziehen kann – ist z.B. der Herr Schneider – ich habe mit einigen Ratsmitgliedern

darüber geredet – und wie sich herausgestellt hat, wussten die z.B. gar nicht, dass der Herr Schneider Innenarchitekt ist. Was sich ja jetzt praktisch bestätigt hat, ist ja, dass er offensichtlich in diesen Sachverhalten enorm überfordert ist. Anders sind ja wohl diese Mehrkosten nicht zu erklären. Die Frage, die ich jetzt habe (...): Nach welchen Kriterien werden Architekten beauftragt von Seiten der Gemeinde. Ich meine, es wurde doch gesagt, dass der Herr Schneider Innenarchitekt ist..“

Im weiteren Verlauf der Einwohnerfragestunde zur Thematik
Versammlungsstättenverordnung:

„Jeder Planer, der ein öffentliches Gebäude in dieser Dimension plant, weiß, dass dieses Kriterium berücksichtigt werden muss. Das hört sich an, wie irgendeine faule Rechtfertigung und Ausrede. Mehr kann man dazu nicht sagen. Die Kostenexplosion ist meines Erachtens aus diesem Grund nicht zu rechtfertigen und wenn das in der Privatwirtschaft gewesen wäre – das würde sehr schlecht aussehen.“

Ein weiterer Einwohner meldet sich und hält die Mehrkosten des Jugendcafés für unerklärbar. Handele er als selbständiger Kaufmann, müsse er überlegen, ein verbindliches oder unverbindliches Angebot abzugeben. Es sei Bürger der Gemeinde und zahle Steuern. Es wäre ihm recht, wenn dies näher erklärt werden könne.

Erster Beigeordneter Sterzenbach geht auf das Thema ein.

Die Architekten würden von der Verwaltung nach Eignung, Zuverlässigkeit und Fachkunde ausgewählt. Das Büro Schneider habe mit einem Statiker zusammengearbeitet und sei bauvorlageberechtigt gewesen und verfügte über alle Qualifikationen für ein solches Bauvorhaben. Im übrigen habe es schon ähnliche Bauwerke erstellt. Auf weitere Frage von Herrn Limbach, erklärt Herr Sterzenbach, dass Herr Schneider derzeit keine weiteren Aufträge der Gemeinde habe.

Herr Limbach wörtlich weiter

(...nicht zu verstehen ....) „...im Prinzip nicht damit zurecht kam, vor allem die (...), die soeben genannt worden sind (...nicht zu verstehen...),“

Zwischenruf aus Reihen des Rates: „Das geht jetzt in Richtung Rufschädigung“.

Im Hinblick auf die Kostenentwicklung schildert Herr Sterzenbach noch einmal den Ablauf. Zunächst gebe es ein Bauprogramm. Auf dieser Grundlage erstelle der Architekt in einem sehr frühen Stadium eine erste Kostenschätzung, aufgrund dessen zunächst die Haushaltsansätze gebildet würden. Im Haushalt seien rund 343.000 Euro insgesamt vorgesehen gewesen (incl. der eingeholten Spendenzusagen). Die Angebote würden in der Regel nach sog. Einheitspreisverfahren erstellt. Schließlich folge die Abrechnung nach Aufmaß. Aufgrund der Ausschreibungsergebnisse habe sich ein Mehrbetrag von 47.000 Euro abgezeichnet (13,7 %). Wie bereits zuvor ausgeführt, habe es zusätzliche Auflagen in Bezug auf die Versammlungsstättenverordnung gegeben. Zuvor habe man außerdem nicht in den Boden sehen können. Die hierdurch entstandenen Mehrkosten seien nachvollziehbar erklärbar. Hierbei handele es sich um sog. „Sowieso-Kosten“, die ohnehin entstanden wären. Die verbleibenden Kosten seien im wesentlichen durch Kostensteigerungen zu erklären. In der Folge habe man für etliche Gewerke die Ausschreibung aufgehoben. Es sei neu freihändig verhandelt worden. Insgesamt habe die Kostensteigerung 8-9 % betragen. Dies könne sich nach Aufmaß auch noch nach unten korrigieren und sei durchaus vertretbar.

- Auf Frage eines Einwohners zu den „versickerungsfähigen“ Flächen im Hinblick auf die Abwassergebührensatzung erklärt der Erste Beigeordnete, dass der Satzungsentwurf bei Regenwassernutzungsanlagen mit Überlauf in die Kanalisation eine Flächenermäßigung dann vorsehe, wenn die Anlage nicht nur zur Gartenentwässerung diene und das vorhandene Speichervermögen mindestens 3 cbm beträgt. Nach heutigem Stand würde dies eine 50%e Ermäßigung bedeuten. Gleiches gelte auch für Gründächer und Ökopflaster. Die endgültige Satzung sei aber abzuwarten.
- Frau Trost fragt nach der Situation am neuangelegten Platz an der Kurscheid`s Eck. Dort läge wieder Unrat und Flaschen.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies eine Privatfläche sei, die zur Zeit durch den Aktivkreis neu angelegt werde. Hinsichtlich des Unrates biete es sich an, Ordnungskräfte aus dem Umweltbereich dort einzusetzen und kontrollieren zu lassen.

- Ein Einwohner bezieht sich auf die Diskussion um die Johann-Honrath-Straße und verweist auf eine ähnliche Situation im Waldweg in Irlenborn. Dort habe sich niemand der Gemeindevertreter sehen lassen, um sich davon zu überzeugen, wie dort die Straße angeschüttet worden sei. Hierdurch sei es auch zu einem Wasserschaden in einem Keller gekommen. Die Gemeinde sollte darauf achten, wie dort Baugenehmigungen erteilt würden.